

Probleme des Sprachenunterrichts und vernachlässigter Randgebiete

Ein Mahnwort zur Sache

Nehmen wir den Zustand der Schweiz unter dem Gesichtspunkt unter die Lupe, dass sie ein Staat mit vier Sprachkulturen und unterschiedlich begünstigten Regionen ist, so erkennen wir jedenfalls mehr als nur einen gegenwärtigen Problembrennpunkt. Einen finden wir in der Frage, ob wirklich zwei Fremdsprachen in Deutschschweizer Primarschulen am Platze seien. Ein anderer ist im Tessin auszumachen, der sich zunehmend als unverstandener, vernachlässigter Kanton empfindet und infolgedessen von einem Bundesbern getreulich unterstützten Stand zu einer widerborstig ablehnenden Gegend geworden ist. Und diese Aufzählung ist keineswegs vollständig.

Der Streit um das Frühfranzösische

Ich bin noch in einer Schweiz aufgewachsen, in der die meisten Deutschschweizer es als selbstverständlich empfanden, Französisch zu lernen. Viele brauchten es ohnehin für das fast obligate Welschlandjahr. Und wenn man es einigermaßen konnte, so war man stolz darauf. Stolz auch, besser Französisch zu können als die meisten Romands Deutsch.

Heute ist das anders. Das Prestige der französischen Sprache als internationales Verständigungsmittel ist durch den Siegeszug der englischen Sprache abgelöst worden. Die Motivation, sich das Französische – mit einiger Mühe – anzueignen, hat erheblich abgenommen. Die Sprachpädagogen gelangen indessen zur Auffassung, ein Kind lerne je jünger es sei desto leichter eine oder zwei andere Sprachen zu seiner Muttersprache hinzu. Mich hat das damals überzeugt. Denn ich war dreisprachig (nimmt man noch zwei Dialekte hinzu, fünfsprachig) aufgewachsen. Was ich nicht beachtete, war, dass ich mir dies durch Immersion in einem so gearteten Familienmilieu angeeignet hatte. Das ist nicht vergleichbar mit der Situation einer Primarschulklassen, in der man mit lächerlichen zwei Wochenstunden behauptet, Kindern eine ihnen fremde Sprache beibringen zu können.

Dass gerade in Deutschschweizer Kantonen gegen den Frühunterricht ausgerechnet in zwei unterschiedlichen Fremdsprachen rebelliert wird, hat mehrere Ursachen. Eine mag in der Deutschschweizer Diglossie liegen. Sie bedingt, sich neben der angestammten alemannischen Mundart noch das Standarddeutsche anzueignen. Das ist für die meisten Deutschschweizer zwar kein übermässiges Problem, wohl aber ein Mehraufwand, den die Romands nicht kennen. Dass sich die Ablehnung zweier Frühfremdsprachen leider vor allem zulasten der französischen Landessprache ausrichtet, hat wohl mit Mehrerem zu tun: Die heutige Lust, Englisch zu können, ist gepaart mit der Tatsache, dass das zunächst einfach erscheinende Alltagsenglisch den Deutschschweizern nahe liegt. Das etwas mehr Aufwand erfordernde Französisch hat mit dem Niedergang der Weltgeltung Frankreichs Attraktivität eingebüsst. Die Mehrheitsstellung der Deutschschweizer in unserem Lande verleitet dazu, sich – auch aus Bequemlichkeit – nur nach den eigenen Bedürfnissen auszurichten.

Hier ist nun der Punkt, wo die Neue Helvetische Gesellschaft (NHG) ihrer angestammten Aufgabe gemäss einhaken müsste. Denn es geht hier um den Respekt vor einem „minderheitlichen“ Landes- und Volksteil und damit um eine Frage des Zusammenlebens und des Zusammenhalts unserer Willensnation. Dieses Problem steht in einem Zusammenhang mit dem sprachlichen Umgang, den man mit einander pflegt. Den

Blick von Solchem abzuwenden, steht der NHG auf Grund ihrer Zielsetzung nicht zu, obschon ihr Zentralvorstand vor Jahren glaubte, Sprachfragen an das Forum Helveticum delegieren zu können.

Was tun?

Was müsste nun (namentlich seitens der NHG) geschehen? Eigentlich müsste – für den Fall der Reduktion des Primarschul-Fremdsprachunterrichts auf nur eine solche Sprache – zugunsten der Landessprache Französisch plädiert werden. Ist es schwieriger, diese statt Englisch zu erlernen, so wäre dem Französischunterricht auch mehr Zeit einzuräumen als dem Englischen. Englisch liesse sich daher besser auf die Sekundarschulstufe verschieben. Sinn macht Fremdsprachunterricht ohnehin nur, wenn er in einer genügend hohen Zahl von Lektionen und ausreichender Dichte ihrer Abfolge erteilt wird.

Nun erwägt Bundesrat Berset, die in der Deutschschweiz stellenweise Verschiebung (aber auch Verdichtung) des Französischunterrichts auf die Sekundarschulstufe von Bundes wegen zu verhindern. Er glaubt, Frühfranzösisch sei für den Zusammenhalt des Landes geradezu erforderlich, ja unentbehrlich. Was aber aus meiner Sicht zählt, ist nur das Endergebnis. Während Generationen hat Französischunterricht nur auf der Sekundarstufe in keiner Weise destruktiv auf den Zusammenhalt der Eidgenossenschaft eingewirkt. Man darf durchaus auch jenen – vereinzelt – welschen Stimmen etwas Gehör schenken, die erklären, der Zusammenhalt des Bundes beruhe nicht primär auf der Beherrschung mehrerer Landessprachen, sondern auf gemeinsamen staatlichen Überlebensinteressen und Überlebenswillen. Dass die gemeinschaftliche Wahrung dieser Kohäsion mit einer genügenden sprachlichen Verständigung leichter gelingen dürfte, ist indessen nicht zu bestreiten. Die Einfühlung in die auch sprachkulturell geprägte Denkweise anderer Eidgenossen ist wichtig. Daraus folgt die Wichtigkeit von Französischkenntnissen der Deutschschweizer. Was nicht daraus folgt, ist, dass diese schon in der Primarschule angestrebt werden müssten. Die Drohung Bersets, zu einer gesamteidgenössischen Regelung zu greifen, hat weniger mit dem Erlernen einer zweiten Landessprache an sich zu tun als mit dem Willen, dafür eine einheitliche Altersstufe vorzuschreiben. Für dieses Harmonisierungsbedürfnis gibt es praktische Gründe, aber auch ideologische, nämlich zentralistische. Selbst wenn man Bersets Zielsetzung teilt, müsste man sich angesichts eines offenbar zu häufigen Scheiterns derselben in der Schulpraxis deutschschweizerischer Kantone fragen, ob man mit diesem Ziel nicht doch auf dem Holzweg sei.

Der NHG fiele derzeit wohl die Aufgabe zu, mitzuhelfen, dass die Diskussion über solches praxisnah, mit Augenmerk auf die Resultate an der Schulfront, vor sich gehen kann und nicht allein auf Grund theoretischer und politischer oder ideologischer Vorgaben geführt wird. Vor allem aber fiele es der NHG zu, jenen aufgeregten welschen Stimmen entgegenzutreten, welche immer wieder behaupten, die Deutschschweiz sei im Begriffe, den Französischunterricht gänzlich abzuschaffen. Von derartigem kann doch im Ernst überhaupt nicht die Rede sein.

Der Konflikt um den Französischunterricht ist offensichtlich dadurch heraufbeschworen worden, dass eine auf den ersten Blick überzeugend scheinende sprachpädagogische Idee an der Art der Umsetzung und vielleicht gar an der Schulwirklichkeit in der Deutschschweiz zumindest teilweise gescheitert ist. Zu geringe Stundenzahl, Unterricht durch nicht unbedingt fremdsprachlich begabte Generalisten statt

(wie auf der Sekundarschulstufe) durch spezialisierte Fachlehrkräfte sind zwei der Hemmnisse zum überzeugenden flächendeckenden Erfolg. Ein weiteres könnte darin liegen, dass gerade städtische Primarschulklassen oft hohe Anteile an Schulkindern aus nicht landessprachlichen Einwandererfamilien (oder gar nur aus solchen!) aufweisen, die nicht einmal richtig Schweizerdeutsch und Standarddeutsch sprechen. Sie sind durch zusätzliche sprachliche Zumutungen oft überfordert. Man kann sich fragen, wie weit der frühe Fremdsprachenunterricht (über den von seinen nicht ganz seltenen Versagern geförderten Unmut) dem Sprachfrieden abträglich geworden ist – abträglicher als das früher auf die Sekundarstufe beschränkte Lernen fremder Sprachen.

Aus deutschschweizerischer Sicht bleibt es aber eine gleichsam vaterländische Pflicht, dass jeder Deutschschweizer, jede Deutschschweizerin, die dazu befähigt sind, eine der drei neolateinischen Landessprachen erlernt, nicht zuletzt das auch international nützliche Italienisch. Womit wir bei der Tessiner Frage angelangt sind.

Der sich selbst überlassene Vorposten im Süden

Im Tessin gelten, trotz seiner italienischen Kultur, schweizerische Massstäbe und Regeln, die sich von jenen im viel mächtigeren und insofern bisweilen bedrohlich erscheinenden Nachbarland oft tiefgreifend unterscheiden. Die schützende Grenze zu diesem ist jedoch weitgehend gefallen. Gleichzeitig haben die Einrichtungen des Bundes – Armee, Post, Bundesbahnen – ihre Präsenz im Tessin ausgedünnt. Ein Tessiner Bundesratsmitglied gibt es schon lange nicht mehr. Die Anzahl Italienisch Sprechender hat in der übrigen Schweiz abgenommen. Der Tessin lebt nicht zuletzt von einer hohen Zahl italienischer Grenzgänger. Diese haben jedoch das Lohnniveau gedrückt und sind zu einem Abhängigkeitsfaktor geworden. Billige italienische Unternehmen drängen in den Tessiner Markt. Ähnliche Chancen bleiben Tessiner Unternehmern in Italien zu oft verschlossen.

Das alles hat den fremdenfeindlichen Tessiner Lega-Nationalismus befeuert. Er ist ein Zeichen, dass der Südkanton sich allein gelassen fühlt. Die NHG hat schon lange keine Tessiner Sektion mehr. Anlass, sich aber vermehrt und intensiv um die italienische Schweiz zu kümmern, wäre vorhanden. (Nebenbei gesagt. Wo ist die jahrzehntelang geübte Tradition einer Welschschweizer und Tessiner Vertretung im Vorstand der NHG Winterthur geblieben?)

Die Ostschweiz verpasst eine Gelegenheit

Nun ist es aber nicht nur die Suisse romande und der Tessin, welche nach besserer Würdigung rufen. Auch die Ostschweiz macht immer wieder Anspruch darauf geltend. Soeben hat sie jedoch die Gelegenheit, sich landesweit bessere Beachtung zu verschaffen, vertan. Sie hat den Kredit für die Studie abgelehnt, welche die Machbarkeit einer Landesausstellung 2025 in der Ostschweiz hätte untersuchen sollen. Ein Ergebnis ostschweizerischer Nüchternheit und Genügsamkeit? Mangel an Phantasie und Begeisterungsfähigkeit? Ein so verschiedenartig zusammengesetztes Land wie das unsrige sollte indessen in Zeiten zahlloser zentrifugaler Anfechtungen Gelegenheiten zur Selbstfindung und Positionierung im Umfeld nicht verschmähen. Auch dazu sollte die NHG mithelfen.

Winterthur, 15.7.2016

*Roberto Bernhard
Ehrenmitglied der NHG*